

politische Bildung | 14.06.2023 | Nr. 211/23

Wiebke Zweig: TOP 10: Wir müssen stetig junge Menschen für die Demokratie gewinnen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

politische und ökonomische Bildung schaffen eine Grundlage für die Teilhabe an unseren demokratischen Strukturen, an unserem Rechtsstaat und an unserem Wirtschaftssystem. Sie ist der Ausgangspunkt für ein selbstbestimmtes und informiertes Leben. Sie macht unsere Kinder und Jugendlichen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

Seit Jahren sehen wir ein Erstarren des Populismus in ganz Europa. Aber auch die Wahl von Donald Trump als US-Präsident und der Sturm auf das Kapitol haben uns eine Sache klar vor Augen geführt.

Die Demokratie ist nicht selbstverständlich. Auch nicht in Deutschland.

Unsere Demokratie ist ein Schatz. Und diesen Schatz gilt es zu bewahren. Wir müssen ihn schützen. Wir müssen ihn pflegen. Wir müssen unseren Schülerinnen und Schülern zeigen, was Demokratie bedeutet. Und wie wertvoll diese ist. Heute noch dringender als jemals zuvor.

Denn noch nie war es so leicht, so viele Menschen in so kurzer Zeit zu erreichen. Informationen, aber auch Falschinformationen verbreiten sich in sozialen Medien in nie gekannter Geschwindigkeit. Nicht ohne Grund investieren Staaten, die die Demokratie nicht schätzen, in Desinformationskampagnen.

Und das Ziel ist eindeutig. Demokratien weltweit sollen destabilisiert werden. Besonders durch die Beeinflussung bei demokratischen Wahlen.

Können wir sicherstellen, dass unsere Kinder keinen Fake News oder Propaganda in den sozialen Medien ausgesetzt sind? Nein, das können wir nicht.

Aber wir können sie von klein auf dazu befähigen, zwischen Wahr und Unwahr, Politisch und Populistisch, Kritisch und Gefährlich unterscheiden zu können.

Und genau deshalb müssen wir die politische Bildung an den Schulen stärken. Damit unsere Kinder mündige und kritisch-denkende Bürgerinnen und Bürger werden. Das eint uns auch hier als Schleswig-Holsteinischer Landtag.

Viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne eine wirkliche ökonomische Grundbildung und landen in der Wirklichkeit. Bei vielen dialogP Veranstaltungen haben mir die Schülerinnen und Schüler erzählt, dass häufig das Wenige, über das im Unterricht gesprochen wird nicht ausreichend praxisnah ist und ökonomische Abläufe im Alltag kaum ein Thema sind. Das Abschließen von Versicherungen oder eines Mietvertrages sind nur kleine Beispiele aus meinen Gesprächen.

Die Schülerinnen und Schüler müssen befähigt werden, um sich informiert und eigenständig in der Wirtschaft zurechtfinden zu können.

Nachhaltig bestehende und inhaltlich tragfähige Entscheidungen treffen kann nur, wer weiß, worum es geht. Die Einführung eines verbindlichen Mindestkontingents des Faches Wi/Po von vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe 1 ist daher begrüßenswert.

Die Ausweitung der im Bereich der Entrepreneurship Education sowie die landesweite Ausweitung des Landeskonzeptes Entrepreneurship Education durch zusätzliche Mittel im Haushalt 2023 ist absolut begrüßenswert.

Die politische und die ökonomische Bildung befähigen unsere Schülerinnen und Schüler in ihrer Urteilskraft und darin, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Die Schule ist in Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern der Ort, an dem die Schülerinnen und Schüler den Werkzeugkasten an die Hand bekommen, um mit der Bildung Unabhängigkeit zu erlangen. Und auch die außerschulische politische Jugendbildung in Kooperation mit Schulen in Schleswig-Holstein ist für die praktische Vermittlung von Demokratie. Vielen Dank an dieser Stelle an den Landesbeauftragten für politische Bildung sowie alle Beteiligten.

Schulen und auch Kindertagesstätten sind die Orte, an denen unsere Kinder und Jugendlichen mit altersgerechten Formaten der Demokratiebildung an unser Demokratie herangeführt werden.

Es ist ein Auftrag, der niemals endet: Wir müssen stetig junge Menschen neu und wieder für die Demokratie gewinnen. Zentral sind dabei auch die politischen Jugendorganisationen. In den letzten Monaten war junge Kommunalpolitikerinnen und -politiker an unseren Schulen unterwegs, um für die Kommunalwahl zu werben. Junge Menschen ziehen andere junge Menschen an. Danke dafür!

Und deswegen gelingen politische und ökonomische Bildung nur gemeinsam. Gemeinsam mit der außerschulischen politischen Jugendbildung und der Wirtschaft in Kooperation mit Schulen in Schleswig-Holstein.